

14.01.2026 - 16:30 Uhr

Bundesrat verschliesst die Augen vor Teuerungslücke bei Spitaltarifen

Bern (ots) -

Der Bundesrat erklärt in seinem Bericht zum Postulat 24.3014 einen automatischen Teuerungsausgleich bei Tarifen für "nicht sachgerecht", da das Gesetz einen solchen nicht vorsieht und der Teuerungsausgleich aus seiner Sicht im Rahmen der Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern geregelt werden muss. Damit blendet er einen Haupttreiber der Finanzierungskrise der Spitalbranche aus: Tarife, die der Inflation hinterherhinken, zementieren die Unterfinanzierung. Die Erfahrung zeigt, dass die mit den Versicherern verhandelten Tarife die Teuerung weder verlässlich noch rechtzeitig abbilden. Ohne kostendeckende und automatisch an die Teuerung angeglichenen Tarife drohen Versorgungsabbau und ein Transformationsstau - ausgerechnet in einer Phase, in der Ambulantisierung und demografischer Wandel enorme Anpassungen verlangen.

Anders als andere Branchen können Spitäler und Kliniken ihre Preise nicht frei festlegen, ihre Kosten steigen aber mit Personal-, Energie- und Materialpreisen. Die Folge ist eine wachsende Schere zwischen Teuerung und Tarifen. Die [PwC-Studie zur Spitallandschaft der Zukunft](#) vom November 2025 belegt klar, dass die Tarife hinter der Teuerung hinterherhinken. Besonders markant: Zwischen 2020 und 2024 stieg die Teuerung um 6,8%, die Tarife lediglich um 2,6%. "Der Bundesrat verschliesst in seinem Bericht die Augen vor den Tatsachen. In der Realität führt das Ausbleiben eines garantierten Teuerungsausgleichs direkt in die Unterfinanzierung - und damit zu einer Gefährdung der Spitalversorgung", macht Anne-Geneviève Bütkofer, Direktorin von H+, deutlich. Eine vollständige Anpassung der Tarife an die Teuerung ist auf dem aktuellen Weg über Tarifverhandlungen schlicht nicht realistisch, da der Handlungsspielraum der Spitäler und Kliniken sehr begrenzt ist. Umso wichtiger ist es, dass das Parlament der Motion von Ständerat Damian Müller zustimmt, welche eine Anpassung der Tarife an die Teuerung vorsieht.

Unterfinanzierung ist messbar - und gefährdet die Versorgung

Die Konsequenzen sind klar bezifferbar: rund 25 % Unterfinanzierung im ambulanten Bereich und rund 10 % im stationären Bereich. Das erschwert nötige Investitionen, verschärft den Druck auf die ohnehin knappen Fachkräfte und erhöht das Risiko, dass Leistungen abgebaut oder Standorte geschwächt werden - mit Folgen für Patientinnen und Patienten. Die Schweiz braucht Spitäler und Kliniken, die den Umbau zur Spitallandschaft der Zukunft vorantreiben: mehr ambulante Versorgung, neue Versorgungsmodelle, Digitalisierung. "Wer eine konsequente Ambulantisierung politisch will, muss sie tariflich ermöglichen. Ohne faire, an die Teuerung angepasste Tarife, wird der notwendige Wandel unmöglich", so Anne-Geneviève Bütkofer.

H+ fordert eine verbindliche und transparente Indexierung der Tarife, damit Kostenentwicklungen nicht in Blockaden, Verfahren und Verzögerungen enden. Das schafft Planbarkeit für die Versorgung - und die nötige Investitionsfähigkeit für die weitere Transformation.

Pressekontakt:

Anne-Geneviève Bütkofer, Direktorin

Tel.: 031 335 11 63

E-Mail: medien@hplus.ch